

Herausgeber: Arbeitskreis Sozialismus in Wissenschaft und Politik.

Erika Beltz, Michael Beltz, Achim Bigus, Johannes Magel, Renate Mürder (1942–2015), Tina Sanders, Hans-Günter Szalkiewicz (1932–2017), Wolfram Triller, Hans Heinz Holz (1927–2011)

Johannes Magel

EDITORIAL

Am 4. Mai 2017 ist unser Genosse *Hans-Günter Szalkiewicz* gestorben. Hans-Günter gehörte der Generation von Kommunisten an, die ihre ganze Kraft dem Aufbau der DDR widmeten. Nach dem Sieg der Konterrevolution kapitulierte er nicht. Er schloss sich der DKP an und hat dort einen ganz wesentlichen Anteil am Aufbau der Berliner Landesorganisation. Hans-Günter gehört zu den Mitbegründern von T&P und trug wesentlich zur Entwicklung des Profils der Zeitschrift bei. Wir bringen einen Nachruf für Hans-Günter von *Renate Schönfeld*.

Es ist Wahlkampfzeit in Deutschland. Auch die Deutsche Kommunistische Partei wird endlich wieder auf dem Wahlzettel stehen und den Wahlkampf dafür nutzen, antifaschistischen, antiimperialistischen und klassenkämpferischen Positionen Gehör zu verschaffen. Eine Minderheit in der Partei hält dies für keine gute Idee und ruft zur Stimmabgabe für die Linkspartei auf. *Paul Rodermund* nimmt dies zum Anlass, sich in seinem Beitrag einmal grundsätzlich mit der Rolle der Linkspartei im Klassenkampf auseinanderzusetzen. *Sepp Aigner* hingegen informiert uns über den 20. Parteitag der griechischen KKE. Die auf dem Parteitag verabschiedeten Thesen enthalten umfassende Einschätzungen zur Entwicklung des Imperialismus und zur Lage in Griechenland, die auch für die Diskussion der deutschen Linken interessant sein dürften.

Der Titel des Schwerpunkts dieser Ausgabe bezieht sich auf die fortwährende Richtungsauseinandersetzung in der DKP und kommt ein wenig salopp daher. Die Sache ist allerdings sehr ernst. Der Parteivorstand hat sich mit der Auflösung des Bezirks Südbayern und dem Parteitagsantrag auf Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft im „Netzwerk“ dazu entschlossen, im Kampf um die Souveränität der Partei in die Offensive zu gehen. Dieser Schritt war zwingend notwendig denn – darauf weist der *Björn Schmidt* in seinem Kommentar eindringlich hin –, es geht in der Auseinandersetzung um die grundsätzliche Organisationsform als Kommunistische Partei. Jörg Högemann belegt am Beispiel der Wahlteilnahme, wie die Aktivitäten der Gruppe um Leo Mayer und Walter Listl im Bezirk Südbayern die DKP behindern, wieder zu einer in der Öffentlichkeit präsenten und anerkannten linken Kraft zu werden.

Michael Beltz wirft schließlich noch einmal einen Blick zurück auf das Wirken der Gruppe um Leo Mayer, die sich jetzt als „Netzwerk“-Fraktion darstellt. Ausgehend von den Erfahrungen in Hessen und besonders in Gießen argumentiert er, dass die Stärkung der DKP hin zu einer kommunistischen Partei nur gelingen kann, wenn die Partei die unproduktive Dauerkontroverse beendet und sich von der Mayer-Gruppe trennt.

Bereits im Vorfeld des G20-Gipfels in Hamburg gab es in der deut-

schen Linken intensive Diskussionen über Sinn und Ziel der Proteste gegen den Gipfel. Wir freuen uns, hierzu einen Auszug aus einem Artikel von der Website unseres Freundes und Mitstreiters *Andreas Wehr* bringen zu dürfen. Wir sehen in seinem Text einen wichtigen Beitrag in der Debatte um die antiimperialistische Strategie der deutschen Linken und Arbeiterbewegung.

Am Ende dieser Ausgabe drucken wir den Text von *Friedrich Engels* „Von der Autorität“ (1872/73) ab. Der Text mag eine Debatte anregen, in der es um die materialistische Begründung der Organisationsgrundsätze des sozialistischen Staats, aber auch einer revolutionären Partei, die auf der Höhe der Zeit sein will, geht. Neben der Zielstellung der Organisation bestimmt der Stand der Produktivkräfte die Formen und Regeln der Organisation. Wenn Engels von der „Autorität des Dampfs“ spricht, mögen wir Heutigen ein wenig über das 19. Jahrhundert lächeln, aber an der Richtigkeit des Gedankens ändert das nicht das Geringste: Die gesellschaftliche Kooperation Tausender und Hunderttausender und die sich daraus ergebenden Regeln lassen sich nicht willkürlich und frei erfinden; sie folgen mehr oder minder zwingend dem, was der Stand der Produktivkräfte gebietet oder zulässt.

Am 4. Mai 2017 ist unser Genosse Hans-Günter Szalkiewicz, Mitherausgeber von Theorie & Praxis verstorben. Wir bringen nachfolgend die leicht gekürzte Traueransprache für Hans-Günter Szalkiewicz, die Genossin Renate Schönfeld am 30. Juni 2017 in Berlin gehalten hat.

HANS-GÜNTER SZALKIEWICZ

Liebe Bruni, liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde, geehrte Anwesende,

uns allen, die wir hier sind, ist es ein Bedürfnis, Hans-Günter Szalkiewicz, unseren Genossen und Verbündeten, den Freund und den Gartennachbarn zu ehren und zu würdigen. Er war ein aktiver Mensch, der bis zuletzt Pläne hatte und nach vorn blickte. Das, was notwendig war, setzte er, soweit es möglich war, konsequent in die Tat um. Und nicht zuletzt war er gern gesellig. Jetzt trauern wir, weil es ihn nicht mehr gibt, und es fällt uns schwer diese Endgültigkeit zu akzeptieren.

Am meisten merkst Du das, liebe Bruni. Wir möchten Dir nochmals unsere Anteilnahme aussprechen und unsere Bewunderung für Deine Kraft, die Du auch und besonders in den vergangenen Monaten hattest. Es war für Dich selbstverständlich, für Günter, der Dein Lebenspartner und Kampfgefährte war, während seiner kurzen schweren Krankheit da zu sein.

Hans-Günter zu ehren, heißt, dass wir uns daran erinnern, wer er war und für welche Ziele er gelebt hat. Er war Kommunist und ein unermüdlicher Kämpfer für den Sozialismus, für die Erhaltung des Friedens und den gesellschaftlichen Fortschritt. Er hatte am gleichen Tag mit Wilhelm Pieck, dem ersten und einzigen Präsidenten der DDR, Geburtstag. Darauf war er stolz. Am 3. Januar hatte er das 85. Lebensjahr vollendet.

Seine Kindheit war überschattet von Krieg und Faschismus. Halt und Orientierung fand er aber bei seiner Mutter. Sie war Arbeiterin und hatte, wie er sagte, einen politischen, proletarischen Instinkt. Von ihr sprach er immer mit Hochachtung.

Nach der Befreiung vom Faschismus absolvierte er die Lehre an der Wirtschaftsschule in Senftenberg. Die anschließende Hochschulreife erwarb er an der Arbeiter- und Bauernfakultät – der einmaligen und hervorragenden Bildungseinrichtung der DDR, die es jungen Menschen nach dem Krieg ermöglichte, sich auch auf diesem Bildungsweg nach ihren Fähigkeiten zu entwickeln. Sein Schwerpunkt wurde die

Ökonomie mit Studium, Aspirantur, Promotion und Dozentur an der Hochschule für Ökonomie in Berlin. Er übernahm leitende Funktionen, z. B. im Ministerium für Außenhandel und war schließlich in der Staatlichen Plankommission mit der Analyse des Kapitalismus beschäftigt.

Die antifaschistische und sozialistische DDR wurde sein Land. Er hatte sie an seinem Platz mit aufgebaut und gestaltet und war bereit, die beste Errungen-



schaft der deutschen Arbeiterbewegung als Zugführer in den Kampfgruppen zu verteidigen. Die zeitweilige Niederlage des Sozialismus, entwurzelte ihn zunächst wie viele andere. Er wurde arbeitslos und eine ungelernete ABM-Kraft.

Trotz dieser schweren Erschütterung für die Welt, blieb Hans-Günter sich und der Sache treu, denn er wusste, dass 1989 eine Konterrevolution stattgefunden hatte. Zunächst blieb er in der Partei, die sehr bald PDS hieß und in der sich die opportunistischen Kräfte durchgesetzt hatten. Als Kommunist zog er 1995 die Konsequenz und entschloss sich, Genosse in der damals in Berlin noch jungen DKP zu werden.

Viele Jahre gehörte er zur Gruppe Nordost, die bereits damals revisionistische Gefahren in der Partei erkannte. Als langjähriger Vorsitzender der Berliner Grundorganisation hatte er das Ziel, das vorhandene Potential zur Stärkung

der Partei zu nutzen: Das waren einerseits die in der DDR erworbenen fundierten Kenntnisse des Marxismus-Leninismus und andererseits die politische Praxis der Genossen in der Bundesrepublik und in Westberlin. Dazu war die Zeit aber nicht reif. Es entwickelte sich ein starker revisionistischer Flügel. Erst der 20. Parteitag setzte die Schwerpunkte anders. Daran hatte er als Redaktionsmitglied von T&P und in der Geschichtskommission der DKP einen wesentlichen Anteil. Er mischte sich immer dort ein, wo es ihm wichtig und richtig erschien. Da war er nicht immer bequem. In diesen Zusammenhang gehörte auch sein erfolgreicher Einsatz, den Berliner Anstoß zu erhalten, dessen zuverlässiger Autor er war.

Seit mehr als 20 Jahren war Hans-Günter auch außerhalb der DKP als standhafter und streitbarer Genosse organisiert und ein „Begriff“. Die GRH war für ihn sehr wichtig, weil sie mit denen solidarisch ist, die dafür bestraft wurden, die DDR von Anfang an und an führender Stelle mit aufgebaut, geleitet und verteidigt hatten. Dafür standen sie vor Gericht. Ich nenne nur zwei von ihnen, die Genossen Erich Honecker und den kürzlich verstorbenen Heinz Keßler. Verfolgt und diskriminiert wurden auch viele andere, vorrangig die Angehörigen des MfS. In diesen Zusammenhang gehört auch die Kritik am Umgang mit der Geschichte der DDR durch die, die sich als „Sieger“ verstanden.

Um das Bewahren des DDR-Erbes geht es dem Rotfuchs, der vielen Menschen eine politische Heimat geworden ist. Ein ganz ähnliches Anliegen hat auch das DDR-Kabinett in Bochum, das mit dem Museum eine Arbeit leistet, die auf dem früheren Gebiet der DDR bisher fehlt. Und die jungen Leute vom Unentdeckten Land mit ihrem großen Transparent waren für ihn eine Hoffnung und Freude.

Als Kommunist war es für ihn selbstverständlich, Mitglied im Freundeskreis Ernst Thälmann zu sein. Nicht nur einmal beteiligte er sich daran, das Thälmanndenkmal in Berlin, das ständig beschmiert wird, zu reinigen. Die Freidenker wurden für ihn wichtig, weil sie sich eindeutig und

oft vor anderen zu den politischen Entwicklungen öffentlich äußern.

Esmuss ebenfalls genannt werden, dass er als Mitglied des Deutsch-Chinesischen Freundschaftsvereins darum bemüht war, der Meinung entgegenzuwirken, dass die Volksrepublik China kein sozialistisches Land ist. Die Broschüre dazu hat er noch im März dieses Jahres fertiggestellt. Seine Reise nach China vor wenigen Jahren war für ihn ein besonderes Erlebnis. Als Internationalist war Hans-Günter im Jahr 2002 Brigadist im Che Guevara Projekt

der DKP in Cardenas, wofür er auch eine Urkunde erhielt.

Der Kontakt zur 1989 in der DDR gegründeten KPD zu pflegen, gehörte für ihn zur Bündnispolitik. Schließlich muss auch erwähnt werden, dass er die Hans-Heinz-Holz-Gesellschaft aktiv unterstützt hat. Der kurze Überblick seiner Aktivitäten zeigt, wo er künftig fehlen wird.

Am 4. Mai starb Hans-Günter. Er hätte noch gern gelebt, gekämpft – seinen Garten auch mit Dir, Bruni, genossen und sich um die Katzen gekümmert, die ihm zuge-

laufen waren. Und wir hätten es auch sehr gern gehabt, wenn er auf seine Weise noch weiter hätte wirken und kämpfen können. Er hinterlässt eine Lücke, die wir sicher noch oft wahrnehmen werden.

Wir verneigen uns in großer Achtung vor ihm - dem streitbaren, standfesten und kritischen Kämpfer, dem Unentbehrlichen und sagen: Danke.

Paul Rodermund

EINBINDEN UND EINGEBUNDEN WERDEN

DIE ROLLE DER LINKSPARTEI IM KLASSENKAMPF

Die DKP hat sich auf ihrem 21. Parteitag nach längerer wahlpolitischer Abstinenz entschieden, zum Bundestag zu kandidieren. Eine Minderheit in der Partei ruft dennoch zur Wahl der Linkspartei auf und verweigert teilweise sogar die Unterschrift für den Wahlantritt der DKP. Sie meinen angesichts der Rechtsentwicklung und der wachsenden Kriegsgefahr sei eine Bündelung der Linkskräfte oberstes Gebot und darum gelte es die Linkspartei als Stimme des außerparlamentarischen Widerstands zu stärken. Mit Leo Mayer gibt es innerhalb der DKP auch eine prominente Stimme, die offen für ein Rot-Rot-Grünes Regierungsbündnis wirbt. [1] Ich stelle in Frage, ob die Linkspartei, sei es in Regierungsverantwortung oder Opposition, eine konsequente Stimme des außerparlamentarischen Widerstands sein kann.

Parlamentarische Integration der Linkspartei

Ekkehard Lieberam erinnert in seinem Artikel zum 10. Geburtstag der Linkspartei in der jungen Welt zu Recht an die Proteste gegen die Agenda 2010 in den 2000er Jahren. [2] Die Hartz-Reformen stießen in den Gewerkschaften und bei vielen SPDlern und ihrer Anhängerschaft auf Empörung. Allein im Jahr 2004 verließen etwa 40.000 Sozialdemokraten die SPD, wovon u.a. die WASG profitierte.

Außerparlamentarischer Widerstand war in den letzten Jahren allerdings Mangelware in Deutschland und so fehlte zeit-

gleich zur parlamentarischen Konsolidierung der Linkspartei ein kämpferisches Druckmoment. Die Integrationsmechanismen des bürgerlichen Politikbetriebs üben seit Jahren einen großen Anpassungsdruck auf die Linkspartei aus, nicht zuletzt weil ihre Ämter und der Geldfluss an Prozente bei den Wahlen gekoppelt sind. Mindestens 850 Jobs in und um die Partei sind unmittelbar abhängig von den aktuellen Ämtern in den Parlamenten. [2]

Der jüngste Bundestagparteitag der Linkspartei war einmal mehr geprägt von der Auseinandersetzung um Regierungsbeteiligung. Kipping und Riexinger warben dafür, sich nicht auf die Oppositionsrolle festzulegen. Schon vor dem Bundestagparteitag übernahm Kipping SPD-Wahlwerbung, als sie meinte „Für einen grundlegenden Politikwechsel braucht es eine starke SPD“ [3] oder „Eine sozial gerechte Gesellschaft ist nur mit einem Mitte-Links-Bündnis möglich“ [4]. Im Oktober vergangenen Jahres trafen sich bereits 100 Bundestagsabgeordnete von SPD, Grüne und Linkspartei um Chancen eines Regierungsbündnisses auszuloten.

Kriterien für eine Regierungsbeteiligung

Kann die PdL eine fortschrittliche Rolle im Klassenkampf spielen und nicht nur zur Einbindung in das System dienen? Auf der Rosa Luxemburg Konferenz 2008 meinte Hans Heinz Holz: „Was kann denn das Gemeinsame sein, das uns alle vereint, die an dieser Gesellschaft etwas

ändern wollen? Dass wir eine Strategie entwickeln müssen, die es möglich macht, politische Gegenmacht gegen diese herrschende Klasse aufzubauen. [...] Nun gibt die marxistische Linke auf die Frage dieser Strategie eine klare Antwort. Sie sagt, die einzigen, die dieses Ausbeutungsverhältnis aufheben können, sind die Ausbeuteten selbst. Also die Arbeiterklasse – wie immer sie sich auch im Laufe der Zeit verändert hat. [...] In der Programmatik der Partei, die sich heute Die Linke nennt, können wir aber keine Orientierung auf das klare Ziel einer sozialistischen Alternative zur kapitalistischen Gesellschaft entdecken, keine Aussage zur Durchsetzung der historischen Mission der Arbeiterklasse.“ [5]

Damit die Linkspartei eine fortschrittliche Rolle im Klassenkampf spielt, müsste sie also mindestens objektiv dazu beitragen, Gegenmacht gegen die herrschende Klasse zu organisieren. Für eine Regierungsbeteiligung ergäben sich so auch einige Mindestanforderungen:

- Mobilisierung der Ausbeuteten für ihre Klasseninteressen und Förderung ihrer Selbstorganisation, statt Einbindung und Stellvertreterpolitik. Außerparlamentarische Kämpfe anstoßen und eine kämpferische Orientierung bieten.
- Kampf für politische Reformen, die die Handlungsspielräume der Arbeiterklasse erweitern und die Verfügungsgewalt des Kapitals einschränken (parlamentarisch wie außerparlamentarisch).
- Keine Illusionen in den bürger-

lichen Staat und die kapitalistische Ordnung schüren, sondern mindestens auf einen Bruch mit dem Monopolkapital orientieren.

Mögen einzelne Mitglieder der Partei es noch so ehrlich meinen, die Partei als solches erfüllt diese Kriterien nicht. Dass andersherum die Einbindung der Linkspartei in eine bürgerliche Regierung aus Sicht des Kapitals ein erfolgsversprechendes Zukunftsmodell ist, zeigen beispielhaft der Frontalangriff auf die DDR in Thüringen und die mitgetragene Autobahnprivatisierung.

Doppelstrategie in die Sackgasse

Ein populärer Versuch die Idee einer Mitte-Links Regierung theoretisch zu begründen stammt von Mario Candeias und Michael Brie. Das Strategiepapier „Rückkehr der Hoffnung. Für eine offensive Doppelstrategie“ der zwei findet sich auch auf der Website kommunisten.de [6]. Candeias und Brie meinen, die Aufhebung der Gesprächsblockaden zwischen SPD, Grünen und Linken sei ein unverzichtbarer Schritt, um einen politischen Richtungswechsel einzuleiten.

Die Autoren erkennen an, dass „eine politische Linke in den Vertretungsorganen ohne eine starke, eigenständige, kritische gesellschaftliche Linke, die in den Nachbarschaften, in Betrieben, in Initiativen und Bewegungen verankert ist, [scheitern muss].“ Regierungsbeteiligungen führten in der Vergangenheit in der Regel nicht zu einer Stärkung der Linken in der Gesellschaft. Trotzdem müsse die Linkspartei angesichts der Stabilisierung des Status Quo und des Aufstiegs der Rechtskräfte parteipolitisch daran arbeiten, die Bedingungen für einen grundsätzlichen Richtungswechsel zu schaffen und zugleich heute politisch durchsetzbare Reformen umzusetzen. Realistischer als ein Rot-Rot-Grünes Regierungsbündnis scheint Brie und Candeias zu diesem Zweck die Tolerierung einer Rot-Grünen Minderheitsregierung. Sie sehen das als den „Königsweg“, denn eine „Tolerierung ermöglicht es, die genannten Schnittmengen mit SPD und Grünen – sofern diese wirklich dazu gewillt sind – in entsprechende Reformen zu gießen, ohne das enge Korsett einer direkten Regierungsbeteiligung, die die LINKE spaltet und gesellschaftlich schwächt.“ [6]

Wählt die Linkspartei den „Königsweg“ von Brie und Candeias, verdingt sie sich als Königsmacherin der SPD, die fest zum Herrschaftsapparat des deutschen

Staates gehört und die gemeinsam mit den Grünen hauptverantwortlich für die Deregulierung des Arbeitsmarkts, Hartz 4 und die Enttabuisierung deutscher Kriegseinsätze nach dem zweiten Weltkrieg ist. Candeias und Brie ist zuzustimmen, wenn sie meinen, wir lebten in einer Zeit, in der kein grundsätzlicher Richtungswechsel der Regierungspolitik möglich scheint, weil er in Konfrontation mit der Austeritätspolitik stünde. Rechtssozialdemokratische Politik ist die Grenze des Gestaltungsspielraums, den die herrschende Klasse aktuell toleriert. Die Linke wäre damit nicht mehr als ein linkes Feigenblatt für rechte Politik. Andersherum würde sie im Falle einer Sprengung des Bündnisses wohl vor allem als politisch instabile und nicht tragbare Kraft wahrgenommen werden. Die Linkspartei steckt aber schon jetzt, vor allem in Ostdeutschland, in einer Glaubwürdigkeitskrise. [2]

Konsequente Oppositionspolitik?

Die linken Kräfte in der Linkspartei sind in der Minderheit. Sie werden nicht durch eine Wahl der Linkspartei gestärkt. Aber auch diejenigen, die auf konsequente Oppositionspolitik setzen, verkennen, dass außerparlamentarische Kämpfe und eine Mobilisierung der Werktätigen vor dem Zweck hoher Prozentzahlen immer stärker in den Hintergrund rücken. Hans Heinz Holz konstatierte in der TuP 03/2006 richtigerweise „Eine Linke, die ihre hauptsächliche Funktion darin sieht, parlamentarische Opposition zu sein, ist nichts anderes als ein propagandistisches Beruhigungsmittel, um Heilungsmöglichkeiten für eine Krankheit vorzutäuschen, die unaufhaltsam fortschreitet. Natürlich ist es sinnvoll, sich eine parlamentarische Plattform zu schaffen, über die man Alternativen zur kapitalistischen Gesellschaft vorbringen kann. Nur darf man sich nicht der Illusion hingeben, dass die parlamentarische Präsenz auch der Weg zur politischen Systemveränderung ist. Parlamente in bürgerlichen Gesellschaften sind deren Organe, nicht die Arena revolutionärer Auseinandersetzungen. [...] Die Linkspartei ist ein Auffangbecken für die wachsende Unzufriedenheit mit den politischen und sozialen Zuständen. Sie ist der institutionelle Kanal, in dem die gärende Unruhe der sozialen Bewegungen abgeleitet werden soll. Sie dient als Bremse der außerparlamentarischen Aktivitäten, denn die herrschende Klasse weiß sehr wohl, dass Veränderungen der politischen Macht nicht in Parlamenten,

sondern auf der Straße erstritten werden. Und die Interessen der Massen werden nicht durch eine Linkspartei verteidigt, sondern durch die erneute Einübung des Klassenkampfs.“ [7]

Keine Alternative zum Klassenkampf

Der Linkspartei kommt im Spektrum bürgerlicher Politik objektiv die Funktion zu, Widerstandskräfte einzubinden, statt den Klassenkampf voranzubringen. In einer Rot-Grünen Minderheitsregierung müsste sie alle fortschrittlichen Positionen über Bord werfen. Dort wo die Linkspartei die Option hatte, ist sie in die Regierung gegangen und jedes Mal hat sie in dieser Rolle zentrale Positionen preisgegeben, die sie hätte vertreten können. Misstrauen, ob diese Partei geeignet ist, die fortschrittliche Opposition im Land zu repräsentieren, ist da allemal angebracht.

Eine Linke, die die Eigentumsverhältnisse nicht anrührt und sich nicht auf starken Rückhalt in den Massen stützen kann, hat nur äußerst eingeschränkte Gestaltungsmöglichkeiten. Neben möglichen fortschrittlichen Reformen in Teilfragen muss sie sich v.a. als Verwalterin der monopolkapitalistischen Interessen verdingen. Sie kommt gar nicht darum herum, Ausbeutung und Verelendung mitzutragen. Eine Linke, die eine solche Politik als alternativlos verkauft und rechtfertigt, desillusioniert die Massen und macht sie ohnmächtig, statt zu ihrer Selbstermächtigung beizutragen. Wenn sozialdemokratische Politik nichts Grundsätzliches am Bestehenden ändert, aber als bestmögliche Option verkauft wird, wer soll es da den Menschen übel nehmen, wenn sie die Linkspartei als Teil des politischen Establishment wahrnehmen?

Keine Frage, dort wo es politische Schnittmengen gibt, sollten wir mit der Linkspartei zusammenarbeiten, „aber als Vorhut und nicht als Hilfstuppe, und schon gar nicht bloß in ihrem Tross mitziehen“ [7], wie Hans Heinz Holz richtig meint. Es bleibt dabei: Es gibt keine Alternative zu den alltäglichen Mühen des Klassenkampfs. Und es gibt keine Alternative zu einer Partei, die ein einheitliches, wissenschaftliches Zukunftsmodell des Sozialismus zeichnet und keine Illusionen in den Parlamentarismus schürt.

Quellen und Anmerkungen:

[1] Siehe bspw. DKP-Informationen Nr. 2/2017 und die Ausgabe der Kleinzeitung der DKP Solingen „Klingenstadt“ vom Mai 2017.

[2] „Die Mitmachfalle“, junge Welt vom 15.06.2017.

[3] Pressestatement von Katja Kipping, 13.03.2017.

[4] Presseerklärung von Katja Kipping,

05.04.2017.

[5] Abschlusspodium der Rosa Luxemburg Konferenz 2008.

[6] Zu finden im Dossier „Linke Strategien“ auf kommunisten.de.

[7] Hans Heinz Holz „Wie links ist die Linkspartei?“ in TuP 03/2006.

Sepp Aigner

ZUM 20. PARTEITAG DER KKE

„Wir stärken die KKE – für eine starke Arbeiterbewegung und das gesellschaftliche Bündnis. Für die Macht, für den Sozialismus!“ [1] – Diese Losung stand über dem 20. Parteitag der KKE, der vom 30. März bis 2. April stattfand. Die KKE konnte viele Gäste, Veteranen, Widerstandskämpfer der Befreiungsfront

Thesen beinhalten umfassende Einschätzungen der Entwicklung des Imperialismus, der Stellung Griechenlands darin, der gesellschaftlichen Entwicklung in Griechenland, eine Bilanz der Arbeit der Partei und der Jugendorganisation und die Aufgabenstellung der griechischen Kommunisten in nächster Zukunft.

fluss vermittelt der „alten und neuen Sozialdemokratie“ aus, in Europa namentlich der Partei der europäischen Linken.

Die KKE hat für die Sammlung und gemeinsame Aktion der kommunistischen Bewegung Initiativen unternommen. Diese reichen von der Herausgabe der Internationalen Kommunistischen Rundschau als „einem ersten Versuch zur Bildung eines kommunistischen Pols“; über die Unterhaltung der Website Solidnet, in die 120 kommunistische Parteien ihre Beiträge einstellen; und die Durchführung regionaler Treffen (Europäische Kommunistische Treffen, die Treffen der KPen des östlichen Mittelmeers, des Roten Meeres und des Persischen Golfs, und die Treffen der Balkan-KPen); bis hin zur Gründung der Europäischen Kommunistischen Initiative, 2013, als einer neuen Form der regionalen Zusammenarbeit, an der bisher 29 KPen teilnehmen.

Die KKE schätzt ein, dass sich „der Prozess des revolutionären Wiederaufbaus [...] lange hinziehen, quälend sein, anfällig für Abweichungen und Rückschläge“ [2] sein wird.

Die griechischen Kommunisten werden „ihre Anstrengungen bei der Internationalen Kommunistischen Rundschau und der Europäischen Kommunistischen Initiative fortführen. Sie soll in Richtung ihrer Konsolidierung und Erweiterung durch neue kommunistische Kräfte hinarbeiten, aber auch in Richtung der Trennung von Kräften, die unter dem Einfluss der Bourgeoisie und des Opportunismus ‚auf der Bremse stehen‘, sogar auch in Richtung der Umbildung dieser Formen oder - wenn nötig - deren Austausch durch andere [...]. Welche weiteren konkreten Formen die Bildung eines konsequenteren marxistisch-leninistischen



EAM und Kämpfer der Demokratischen Armee Griechenlands, sowie Mitglieder des Jugendverbands KNE begrüßen. 102 kommunistische und Arbeiterparteien aus aller Welt schickten Grußbotschaften, darunter auch die DKP.

Den Bericht des Zentralkomitees erstattete Generalsekretär Dimitris Koutsoubas. Der Parteitag diskutierte und verabschiedete die Thesen des ZK einstimmig. Vorausgegangen war eine dreimonatige Parteidiskussion. 23 000 Freunde der KKE und KNE beteiligten sich daran in landesweit 850 öffentlichen Diskussionsveranstaltungen. Die verabschiedeten

Rückzug und Wiederaufbau der Bewegung

Die internationale Arbeit hat für die KKE großen Stellenwert. Dabei geht sie davon aus, dass sich die kommunistische Bewegung insgesamt auf einem Rückzug befindet. In der kommunistischen Bewegung weltweit gebe es ernsthafte politisch-ideologische Probleme. Das theoretische Niveau bleibe hinter den objektiven Anforderungen zurück. Es sei dem Klassengegner gelungen, kommunistische Parteien von innen zu „erobern“. Opportunistische Kräfte übten dabei ihren Ein-

Pols kommunistischer Kräfte annehmen kann, hängt auch von den Schritten ab, die andere KPen bei der Ausarbeitung und Gestaltung ihrer revolutionären Strategie unternehmen [...]. Die KKE unterhält Beziehungen, diskutiert, tauscht Meinungen aus und strebt nach gemeinsamen Aktionen mit Dutzenden von kommunistischen und Arbeiterparteien, und sie wird diese Anstrengungen in der nächsten Zeit intensivieren, unabhängig vom Grad der Übereinstimmung oder Ablehnung bei Teil- oder allgemeineren Fragen. Sie wird weiterhin auf internationaler Ebene, im Rahmen des Weltgewerkschaftsbundes (WGB), des Weltfriedensrates, des Weltbundes der Demokratischen Jugend (WBDJ) und der Internationalen Demokratischen Frauenföderation (IDFF) ihren Beitrag leisten.“ [2]

Organisierung der Massen – für den Sozialismus!

Wie in der Parteitagsgesamtheit formuliert, kämpft die KKE für die Stärkung der Arbeiterbewegung in Griechenland im Bündnis mit den Volksschichten im Kampf um die Macht, für den Sozialismus. Dafür wendet sie sich direkt an die Volksmassen und unterstützt deren Organisierung. Die allseitige Stärkung der kommunistischen Partei als politisches Zentrum der Arbeiterklasse und der Volksschichten betrachtet sie als eine zentrale Bedingung dafür. So organisiert sich der revolutionäre Teil der Arbeiterklasse unter Führung der KKE in der Gewerkschaft PAME, in je eigenen Organisati-

Bourgeoisie, gegen die Rechtskräfte und den sozialdemokratischen Reformismus. „Transformatorische“ Konzeptionen, wie sie etwa mit dem Schlagwort „Sozialis-

Wirtschaft entwickelt werden hin zu kommunistischen gesellschaftlichen Beziehungen, die schließlich alle Produzenten einschließt.



mus des 21. Jahrhunderts“ transportiert werden, lehnt die KKE ab.

Ziel sei vielmehr die Eroberung der Macht, die Errichtung der Diktatur des Proletariats im Bündnis mit den Volksschichten, die Enteignung der Bourgeoisie und die Sozialisierung der großen Produktionsmittel. Ihre genaueren Vorstellungen zum Übergang zum Sozialismus formuliert die Partei so: Im Übergang zum Sozialismus verblieben individuelles und kollektives Eigentum zunächst auf der Basis von Ware-Geld-Beziehungen. Wo die

Die KKE entwickelt ihre Politik unter sehr schwierigen internationalen und nationalen Bedingungen, auf der Basis der eigenen hundertjährigen Erfahrungen und der Erfahrungen der kommunistischen Weltbewegung. Sie erweist sich dabei als stabile Kraft jenseits aller opportunistischen Verlockungen und Moden. Eine Befreiung Griechenlands vom kapitalistischen Joch wird ohne eine allseitige Stärkung der KKE nicht möglich sein.

Quellen und Anmerkungen:

[1] <http://de.kke.gr/de/articles/20-Parteitag-der-KKE-erfolgreich-beendet/>

[2] <http://inter.kke.gr/de/articles/Viertes-Kapitel/>



onen wiederum die werktätigen Bauern, die Frauen, die Schüler und Studenten, die Gewerbetreibenden usw.

Die Entwicklung des Klassenbewusstseins erfordere den ideologischen und praktischen Kampf gegen den Einfluss der

Produktivkräfte die Sozialisierung von Produktionsmitteln noch nicht ermöglichen, müssten Produktiv-Kooperativen geschaffen werden. Auf der Basis der Sozialisierung der großen Produktionsmittel und ihrer zentralen Planung muss die

Björn Schmidt

„NETZWERK“ IST KEIN DISKUSSIONSKLUB

Nachdem der Parteivorstand auf seiner Tagung im Juni die Auflösung des Bezirks Südbayern sowie einen Parteitag-santrag auf Unvereinbarkeit der DKP-Mitgliedschaft mit der Mitgliedschaft im sog. „Netzwerk Kommunistische Politik in der DKP“ beschlossen hatte, ließen die Reaktionen nicht lange auf sich warten. Mitglieder und Unterstützer des „Netzwerks“ versuchen mit möglichst deftigen Worten, die Beschlüsse des PV abzuwehren. Da wird ein „Missbrauch des Statuts“ als „Disziplinierungsmittel im innerparteilichen Meinungsstreit“ gesehen, ein „endgültiger Zerfallsprozess der DKP“ an die Wand gemalt oder schlicht der Rücktritt des PV gefordert, da er „auf ganzer Linie“ versagt hätte und zudem ein „autoritäres Parteiverständnis“ habe. Wer die schriftlichen Stellungnahmen so mancher Parteigliederung oder Einzelperson liest, bekommt den Eindruck, dass nicht einmal mehr der Versuch einer Gegenargumentation vorgenommen wird. Es wird nicht zur Kenntnis genommen, dass bereits der letzte Parteitag – das höchste Organ der Partei – mehrheitlich eine Beendigung der

Fraktionstätigkeit gefordert hatte. Die entscheidenden Streitpunkte kommen in den teils unflätigen Reaktionen gar nicht vor. Statt mit offenem Visier zu kämpfen, behilft man sich mit einem Trick: Es gehe lediglich um einige Meinungsverschiedenheiten mit der Mehrheit einerseits und um einen harmlosen Diskussionsklub („Netzwerk“) andererseits. Tatsächlich ist das organisationspolitische Abkapseln („Dorf des Widerstands“ auf dem UZ-Pressesfest; eigenständige Vortragsveranstaltung zu „Arbeit 4.0“, Offener Brief, öffentliches Auftreten als „Netzwerk“ usw.) Ausdruck tiefgehender ideologischer Differenzen, die über bloße Meinungsverschiedenheiten weit hinausgehen. Es geht im Kern um die Frage, ob der Charakter des heutigen staatsmonopolistischen Kapitalismus in der Bundesrepublik uns nach wie vor zu einer Organisationsform „Kommunistische Partei“ zwingt, wie sie von den Klassikern, insbesondere Lenin konzipiert und in Zeiten großer innerlinker Orientierungslosigkeit von Alvaro Cunhal 2001 in beispiellos präziser und kondensierter Form festgehalten wurde („Die

sechs grundlegenden Charakterzüge einer Kommunistischen Partei“). Wahlaufträge für die „Partei die Linke“ mit der Begründung der eigenen Schwäche sind keine Strategie für eine kommunistische Renaissance. Schon gar nicht, wenn selbst Vertreter des „linken Flügels“ der PdL Regierungsfähigkeit in einer rot-rot-grünen Regierung als oberstes Wahlziel anpeilen. Mangelndes Vertrauen in die eigene Kraft, lokales Zirkelwesen und Ablehnung der notwendigen Wiedererlangung von Kampagnenfähigkeit auf Bundesebene wie sie von einigen Vertretern der Netzwerk-Fraktion vorgebracht werden – das sind nicht die Rezepte, mit denen die DKP wieder auf die Beine kommt.

Kann die zugespitzte Situation in der DKP wieder entschärft werden? Dazu wäre vor allem ein Schritt nötig, zu dem gegenwärtig wohl die Bereitschaft fehlt: Die Netzwerkfraktion müsste ihre Tätigkeit einstellen und damit auf ein organisationspolitisches Druckmittel verzichten. Das vorgeschlagene Moratorium hätte dagegen nur die Konsequenz der Festschreibung der DKP als Strömungspartei.

Jörg Högemann

DIE WAHLTEILNAHME STÄRKT DIE PARTEI

Wie lange ist das her, fast 30 Jahre, dass wir auf der Straße standen für unsere Partei, die DKP, und - nein, nicht Flyer verteilten oder Zeitungen. Das gab's auch oft genug in den letzten Jahrzehnten. Aber dass wir etwas wollen von den Passanten: ihren Namen, Adresse, Geburtsdatum selber schreiben auf unser Papier. Und das zu dem Zweck, dass die DKP auf den Stimmentzettel zur Bundestagswahl gedruckt wird, sauber ausgedruckt mit ihrer Landesliste. Nach 1989 war ich überzeugt Jahre lang: Das gibt's doch nicht mehr, das gibt's überhaupt nicht wieder.

Und nun stehen wir auf der Straße heute und holen von fremden Leuten nur im schwarzen Bayern schon 2.000 Unterschriften, und noch darüber hinaus. Damit die DKP für den Bundestag kandidieren kann.

Bei den Kommunisten unterschreiben

Die Leute sind so verschieden im Denken und Reden. Eins aber gibt's gemeinsam: Sie unterschreiben bei den Kommunisten. Warum? Dazu gebracht werden sie durch unser Ansprechen. Manche sind überrascht: Was, euch gibt's noch? In Grenzen hält sich noch die Menge der Schreibenden, gewiss. Aber soll das ein Grund sein, sie gar nicht erst anzusprechen?

Woher überhaupt kommt dieses geübte Denken: Zum Kandidieren sind wir doch viel zu schwach. Wie stark muss man denn sein, bis man, bitte schön, kandidieren darf? Wir vom Betriebsaktiv machen uns nicht kleiner, als wir sind. Als einzige DKP-Gruppe in München erfüllen wir den Beschluss unserer Partei und setzen

ihn mit unseren Kräften um. Südbayerns DKP-Bezirksvorstand hält die Wahlteilnahme für falsch und wird sich an der Umsetzung dieser falschen Orientierung nicht beteiligen (1). Die zu erwartenden Ergebnisse trügen nicht zur Stärkung der DKP bei, „sondern schwächen eher nicht nur unsere geringe Finanzkraft, sondern auch die Motivation ... angesichts des Missverhältnisses von Aufwand und (Wahl-)Ergebnis“.

Wir wirken öffentlich für die Partei und das Wahlkampfbedingt noch mit gesteigertem Aufwand. Dafür, hören wir, sei das Geld der Partei zu schade. Von ergebigerem Wirken für die Partei ist uns beim Bezirksvorstand aber noch nichts aufgefallen.

Lernen und sich stärken oder Defätismus

KommunistInnen vervollkommen sich, wenn sie öffentlich auftreten. Ihre Argumente kommen sicherer, reichhaltiger und überlegener heraus. Den Unterschied gegen vorher spüren unsere Leute jetzt schon im Vergleich zu Parteimitgliedern, die nicht wahlkämpfen. Aus deren Gruppen wird uns manche Unterschrift zugesteckt. Auch Freunde, Sympathisierende im Umfeld der Partei, in Gewerkschaften, in der Friedensbewegung, machen keinen Hehl aus ihrem größeren Respekt vor agierenden Kommunisten als vor solchen, die unserer Aktivität mit verschränkten Armen zuschauen.

Da der Bezirksvorstand ebenso wie der in gleicher Richtung gepolte DKP-Kreisvorstand München uns nicht die Ehre seiner Aufmerksamkeit antut, kann er nicht wahrnehmen, wie gut sich die Motivation in unserer Gruppe infolge der inzwischen gesammelten mehr als 600 Unterschriften entwickelt hat. So muss der Bezirk denn leben mit seinem „Missverhältnis von Aufwand und (Wahl-)Ergebnis“, mit seinem Defätismus: Besser nicht kandidieren als sich zu blamieren. Was sind das für Kommunisten! Versumpft im Parlamentarismus. Mit Zittern im Gesäß wegen niedrigen „(Wahl-)Ergebnisses“.

Das Quäntchen Vertrauen zu uns, zu spüren in der klar noch hauchdünnen Schicht, die unterschreibt, machen wir breiter, indem es uns gelingt, die Feindschaft der in Deutschland herrschenden ökonomischen und politischen Minderheit gegen die Lebensinteressen der Volksmehrheit ins Bewusstsein zu rücken. Zugleich deutlich machen müssen wir aber, dass die Volksmehrheit ihre Lebensinteressen nur durchsetzen kann, wenn sie selber dafür kämpft.

Dieser sozusagen zweite Teil unserer Aufklärungsarbeit ist der ungleich schwerere. Dass deutsche Soldaten in Mali ebenso wie in Litauen nichts verloren haben, dass alle bisher regierenden Parteien, in welchen Koalitionen auch immer, dafür gesorgt haben und noch sorgen, dass die Reichen immer reicher, die Armen immer ärmer wurden und werden, dass die Profitgier der Konzerne den Bau von Wohnungen, Schulen und Krankenhäusern verhindert - das zu erklären ist ein Kinderspiel im Vergleich mit der Grundvoraussetzung, alle Probleme zu lösen, nämlich dass wir alle gemeinsam, dass die Millionen Menschen im Land, vor allem die organisierten (Gewerkschaften!), durch ihre Aktionen und Kämpfe die Machtverhältnisse ändern müssen. „Das geht doch

nie!“, lautet das Echo vor allen Supermärkten.

Aber eben, weil dieser Job von allen am schwersten fällt, ist der dritte der „drei guten Gründe“ in unserer Wahlschrift, die Solidarität, der Knackpunkt:

„Das gemeinsame Kämpfen für gemeinsame Interessen, unabhängig von Weltanschauung, Herkunft und Geschlecht - kurzum: die Solidarität -, ist das, wovor die Reichen am meisten Angst haben. Je erfolgreicher ihre Spaltungsversuche verhindert werden können, desto besser können wir uns gegen ihre Angriffe wehren.“

Seien wir Optimisten. Gerade, weil wir nicht versprechen: „Wählt uns, und alles wird prima“, sondern weil wir verlangen: „Alle müssen wir gemeinsam handeln“ -, und weil wir selber dafür Hand anlegen, werden die Menschen uns schließlich immer mehr vertrauen.

Der Linkspartei das Mitregieren ermöglichen oder mit der DKP Widerstand stärken?

Die DKP präsentiert sich als antikapitalistische Alternative, friedenspolitisch und antifaschistisch ebenso wie antimonopolistisch und konsequent demokratisch. Die Stärkung unserer Partei ist darum die andere Medailleseite des notwendigen gemeinsamen Handelns aller demokratischen Kräfte. Dadurch unterscheiden wir uns von allen anderen kandidierenden Parteien. Auch von der Partei Die Linke.

Schreibt der DKP-Bezirksvorstand Südbayern noch in seiner Ablehnung der Bundestagskandidatur der DKP: „Angesichts der wachsenden Kriegsgefahr geht es bei diesen Wahlen um die Stärkung der einzigen Antikriegspartei im Bundestag, der Partei Die Linke.“

Dieses Argument müssen wir uns auch auf der Straße öfter anhören. Allmählich hat sich bei uns ein bestimmtes Reagieren ungefähr eingependelt. „Wissen Sie das so genau, dass sie Antikriegspartei auch bleibt? Nehmen wir mal an, die SPD kommt bis September wieder in Führung. Und dann fehlen dem angehenden Kanzler, dem SPD-Wundertäter Schulz, zu seiner Mehrheit aus SPD und Grünen noch, sagen wir mal, zehn Prozent. Glauben Sie ernsthaft, die Linkspartei würde sich verweigern? Keiner glaubt das, kein Rechter und kein Linker. 90 Prozent unserer Mitglieder wollen, dass wir regieren“, erklärte Linken-Partei-Präsident Riexinger auf dem Rosa-Luxemburg-Forum im Januar in Berlin. Wenn sie Regierungspartei wird, wird Die Linke aber im gleichen Moment auch

Kriegspartei ebenso wie SPD und Grüne. Dann ade, Antikriegspartei. Was sagen Sie dann als Wähler?“

Blieben wir in unserer eigenen Partei. Leo Mayer ging auf uns los, in München in der Auseinandersetzung zwischen Parteivorstand und Bezirksvorstand Südbayern am 11. März, weil seine Idee eines „Linkslagerwahlkampfes“, also eines Zusammengehens von SPD, Grünen und Linkspartei („R2G“) mit Unterstützung der DKP bei uns keinen Anklang fand. Leo, Kreissprecher der DKP in München, resümierte auf seine Art: „Ihr zieht wohl eine Fortsetzung der Großen Koalition vor.“

Die Perspektiven von „R2G“

Übrigens, Linkslagerwahlkampf. Orientierung für deutsche Kommunisten? Zweimal Rot, einmal Grün, mit dem Segen der Europäischen Linken, als Alternative zur Großen Koalition? Innerer Kern wäre die Kumpanei mit den zwei Schröder-Fischer-Parteien, die mit dem militärischen Überfall auf Jugoslawien 1999 wieder da weitermachten, wo Adolf Hitler 1945 notgedrungen aufhören musste, mit Angriffskriegen von Deutschland aus. Dieselben Parteien, die mit Hartz IV und Agenda 2010 dem Sozialabbau den von den großkapitalistischen Machthabern ersehnten Schwung verpassten, den der ermüdete Helmut Kohl nicht mehr zustande brachte.

Nebenbei bemerkt, irgendetwas von Selbstkritik an ihren Untaten hat man bei SPD und Grünen im Lauf der Jahre noch nicht wahrgenommen. Im Gegenteil, nach wie vor genießen sie die Lorbeeren des Großkapitals für ihre Umrüstung der Bundesrepublik zum Niedriglohnland. Bereits auf die Andeutung einer kosmetischen Korrektur am „Hartz“-System hin machte ein Mediensturm den gerade noch hochgelobten Schulz nieder.

Inzwischen hört man läuten vom Auskugeln eines Deals: SPD und Grüne bewegen sich etwas deutlicher in Richtung soziale Gerechtigkeit, die Linkspartei zum Ausgleich in Richtung NATO-Politik. „Die Wähler interessieren sich nicht für Außenpolitik, nur für soziale Themen“, hörte ich in München auf einer Linke-Versammlung.

Der hier nun schon mehrfach zu Wort gekommene DKP-Bezirksvorstand Südbayern bekräftigt als seine Position, dass die Partei Die Linke, „die einzige Antikriegspartei im Bundestag“(2), bei den Bundestagswahlen gestärkt werden müsse. Einen Aufruf, die Partei Die Linke zu wählen, sieht Bezirkssprecher Walter Listl

darin nicht. Im Gegenteil: „Uns vorzuwerfen, wir würden zur Wahl der Partei Die Linke aufrufen, ist eine glatte Lüge.“(3)

Frage an Walter Listl: Wie stärkt man, zumal in Wahlkampfzeiten, eine Partei, wenn man gleichzeitig den Aufruf, sie zu wählen, nicht nur lebhaft abstreitet, sondern obendrein noch die Behauptung, es gebe einen solchen Aufruf, als glatte Lüge bezeichnet? Manch denkender Wähler mag sich fragen: Sind nun die nicht ganz dicht, oder bin's ich? An Verständnis für diesen Eiertanz fehlt es uns freilich nicht: Steht man, wie Walter, wegen beschlusswidrigen Verhaltens mit einem Bein bereits außerhalb der Partei, spürt man keine Spur von Bedürfnis, sein zweites Bein noch draußen daneben gestellt zu sehen.

Eine Fraktion gefährdet den Bestand der Partei

Nächster Punkt. Im gleichen Referat behauptet der Bezirkssprecher, beim „Netzwerk kommunistische Politik“ han-



dele es sich „nicht um eine Fraktion“(4). Gehen wir der Sache nach. In ihrem Offenen Brief „an die Mitglieder der DKP“(5) listen die Briefschreiber vom Netzwerk ihre Grunddifferenzen mit der Partei auf:

- Der 21. Parteitag „(war) weit von den politischen Herausforderungen unserer Zeit entfernt“.
- Die Definition der DKP als marxistisch-leninistische Partei, „Symbol für ein zentralistisches Parteikonzept ohne lebendigen-wissenschaftlichen Diskurs“, sei „feszgezurrt“ worden.
- Mit der Forderung nach BRD-Austritt aus der EU, der Eigenkandidatur bei den Bundestagswahlen 2017, der Einstellung der Mitarbeit in der EL habe die Parteitagmehrheit die Partei „in ein

(bündnis-)politisches Abseits gestellt“.

- „Verbale Angriffe auf die Friedensbewegung“, „undifferenzierte und unsolidarische Beurteilung von Gewerkschaftspolitik“ ergänzten das Bild einer „zunehmend sektiererischen Positionierung“.

Ohne übertreiben zu wollen: Die Liste ist eine Kriegserklärung an die Beschlusslage der Partei, an ihren Entwicklungsweg seit 2013 mit dem 20. und dem 21. Parteitag, mehr als zwei Dutzend Parteivorstandstagen und einer Entfaltung des Parteilebens auf allen Ebenen und allen Gebieten, Wiederherstellung vernünftiger Beziehungen zur SDAJ, zu linken deutschen Medien wie der jungen Welt, zu den klassenmäßig marxistisch-leninistisch orientierten Schwesterparteien und zu vielen anderen Partnern und Bereichen.

Mit einer Gruppierung innerhalb ihrer Reihen, die sich schon im Namen herausnimmt, kommunistische Politik macht nicht die Partei, sondern machen wir im Gegensatz zur Partei, kann keine (poli-

tische Kraft) kommunistische Partei existieren und zurecht kommen. Kritik und Vorschläge entwickeln, „einzeln und in Verbindung mit anderen“, ist statuarisch definierte Praxis, ist üblicher Brauch. Nach gefasstem Beschluss, nach beschlossener Orientierung aber, bitte schön, nur noch darüber, wie Beschluss und Orientierung umge-

setzt werden können, nicht mehr in exakt entgegengesetzter Grundrichtung.

Marxismus-Leninismus

Ein letztes Kapitel. Disziplin gegenüber gefassten Beschlüssen ist freilich eins der Prinzipien kommunistischer Tradition, mit denen der südbayerische Bezirksvorstand auf Kriegsfuß steht. Seine Angriffe gehen aber noch näher an die Wurzel. Die in der revolutionären Arbeiterbewegung eingebürgerte Bezeichnung Marxismus-Leninismus für die Lehre von Marx, Engels und Lenin lehnt der BV ab. Als Vorwand führen Südbayerns Separatisten an, dieser Name für die „wissenschaftliche Weltanschauung der Ar-

beiterklasse“ sei auch in der Stalin-Zeit gebraucht worden, was freilich zutrifft: Gehört sie doch zu unserer Geschichte.

Mit der Bezeichnung Marxismus-Leninismus eng verknüpft ist das widerrechtliche Verbot der KPD durch die Adenauer-Justiz 1956. Im Verbotsurteil des Bundesverfassungsgerichts heißt es (6):

„... Die so verstandene Lehre wird von den Kommunisten zusammenfassend als ‚Marxismus-Leninismus‘ bezeichnet. In dieser Bedeutung haben auch die Vertreter der KPD in der mündlichen Verhandlung den Begriff verwendet; sie haben ihn dahin erläutert, dass der ‚Leninismus‘ der ‚Marxismus der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution‘ sei. Sie haben dabei erklärt, ‚dass sich die KPD, seitdem sie existiert, stets und unverändert in aller Offenheit zu den Prinzipien des Marxismus-Leninismus bekannt hat‘.“

Kommunistinnen und Kommunisten wurden dann wieder, in vielen Fällen für mehrere Jahre, in die Gefängnisse geholt. Dass ihr Feldzeichen, unter dem sie verfolgt wurden, heute von einer Minderheit in der Partei in den Dreck gezogen wird, empfinden Genossinnen und Genossen schlicht als unanständig.

Deutlich zeichnet sich ab: DKP-Bezirk Südbayern und Netzwerk kommunistische Politik stellen sich dem Aufbruch in unserer Arbeit in den Weg. Nach hinten ziehen wollen sie die Partei in politische Zweideutigkeit, theoretischen Konturen-mangel und praktische Beliebigkeit. Zeit wird es, hier deutlich Striche zu ziehen.

Quellen und Anmerkungen:

- (1) Beschluss des Bezirksvorstands der DKP Südbayern, 17.6.2016.
- (2) Ebd.
- (3) Referat von Walter Listl auf der Versammlung der Mitglieder der Bezirksorganisation Südbayern am 11.3.2017.
- (4) Ebd.
- (5) Offener Brief des Netzwerks kommunistische Politik an die Mitglieder der DKP: Aktuelle Herausforderung annehmen - kommunistische Politik entwickeln. Herausgeber: Bezirksvorstand der DKP Südbayern.
- (6) KPD-Prozess. Dokumentarwerk. 3. Band. Karlsruhe 1956. S.617.

REVISIONISTEN UND SPALTER

Wir hören von einem Netzwerk, das sich objektiv zu Aufgabe gemacht hat, die DKP zu schwächen. Diejenigen, die vom Niedergang der Partei sprechen, betreiben ihn seit Jahren. Es geht hier um die, die sich organisatorisch zusammengeschlossen haben und eine eigene Fraktion mit eigenen Strukturen betreiben – also nicht in erster Linie um die, die den „Offenen Brief“ unterschrieben haben.

Da rufen die Leos gegen die auf dem letzten Parteitag getroffenen Beschlüsse auf. Vor allem lehnen sie den Beschluss ab, zur Bundestagswahl zu kandidieren. Ich habe damals gegen diesen Beschluss gestimmt. In der Tradition, niemals bisher gegen einen Beschluss gearbeitet zu haben, treibe ich auch diesmal keine Sabotage.

Unter der revisionistischen Führung von Stehr habe ich alle Beschlüsse mitgetragen. Als vor vielen Jahren der Ruf ertönte, „Kohl muss weg“ und eine „andere Politik muss her“, haben wir in Gießen den Slogan verbreitet „Ob Kohl ob Schröder ganz egal, in Deutschland herrscht das Kapital“. Und zum bürgerlichen Ruf „eine andere...“ haben wir die Frage gestellt: Was für eine Politik? und haben geantwortet: Eine sozialistische Politik.

Dann gab es „die neuen Möglichkeiten mit einer SPD an der Regierung“. Weil sie dies nicht genügend würdigte, wurde Bruni Steinigers Referat im Parteivorstand „missbilligt“ – ein bis dahin einmaliger Vorgang. Wir konnten in der Folge die neue Politik der SPD kennenlernen. Agenda 2010, Hartz-IV, völkerrechtswidriger Krieg gegen Jugoslawien, weitere Verarmung der Menschen in unserem Land. Ich will nicht unterstellen, dass dies in unseren Reihen jemand wollte, außer den eingeschleusten Agenten. Der alte Parteivorstand reagierte auf diesen „Paradigmenwechsel“ (wie Schröder es selbst nannte) mit der Fortsetzung seiner alten Politik reformistischer Forderungen. Die gipfelten schließlich in den Politischen Thesen des Sekretariats (2010), mit denen alle kommunistischen Grundsätze in allgemeines revisionistisches Gefasel entsorgt werden sollten.

Leo Mayer propagierte sein „Zukunftsprojekt“ – eine „rot-rot-grüne Koalition“, für die eine „Reformallianz“ auf-

gebaut werden müsse, um einen „Politikwechsel“ durchzusetzen. Begründung: Die DKP leide an Mitgliederschwund, sei überaltert, isoliert und keine attraktive organisationspolitische Alternative. Dass sie – wenn dem so wäre – durch den alten Parteivorstand dazu gemacht worden ist, verschwieg er. Ihm ging es offenbar darum, die DKP, die im Vergleich zu den meisten anderen westlichen KPs nicht untergegangen war, zu liquidieren.

Die Rechnung ging nicht auf. Auch dank des entschiedenen Auftretens des Genossen Robert Steigerwald auf dem 20. Parteitag wurden diese Thesen einmütig zurückgewiesen und ein neuer marxistisch-leninistischer Vorstand gewählt.

Eine einheitliche, marxistisch-leninistisch Meinung auch in Grundsatzfragen war seit der Konterrevolution 1989/90 bereits nicht mehr vorhanden. Dennoch wurde 2007 ein Parteiprogramm beschlossen, das infolgedessen in sich widersprüchlich war und in Teilen verschieden interpretiert werden konnte. Weniger als Dreiviertel der Delegierten hatten ihm zugestimmt. Dennoch wurde das einheitliche Handeln der Partei nie in Frage gestellt, auch nicht von denen, die nicht mit der Politik des Parteivorstands übereinstimmten.

Das änderte sich nach dem 20. Parteitag schlagartig. Es begann eine regelrechte gezielte – und wie es scheint von langer Hand vorbereitete – Konfrontation gegen den neuen Parteivorstand: angefangen bei der widerrechtlichen Aneignung der Homepage des Parteivorstands (kommunisten.de), über das Aufrechterhalten der unsäglichen Politischen Thesen, die der 19. Parteitag (das höchste Gremium der DKP) zurückgewiesen hatte, bis hin zur planmäßigen Sabotage von Parteibeschlüssen.

Die Fraktion um Leo Mayer stachelte naive Mitglieder auf, es wurden Diskussionen eingefordert über Dinge, die bereits hundertmal diskutiert waren, mit dem Ziel, die Partei nun tatsächlich handlungsunfähig, bedeutungslos und unattraktiv werden zu lassen. Während die frühere Parteiminderheit sich an Mehrheitsbeschlüssen der Stehr-Richtung gebunden fühlte, werden nun von der neuen Parteiminderheit alle Kräfte darauf verwandt, den Parteivorstand zu bekämpfen.

Nun wird eine Kandidatur der DKP zum Bundestag mit der Behauptung sabotiert, das zu erwartende Ergebnis lasse Schlimmes zu befürchten. Dabei ist es eher so, dass seitens der Mayer-Fraktion Schlimmes erhofft wird. Zur Begründung wird das schlechte DKP-Ergebnis bei den Landtagswahlen in NRW angeführt, aber mit keinem Wort erwähnt, dass dieses Ergebnis auch Folge von Wahlaufufen der Spalter selbst ist, die Linkspartei zu wählen wie in Solingen und Wuppertal. Wider jede Logik und Vernunft behauptet der Bezirksvorstand Südbayern, die Kandidatur der DKP hätte den Einzug der PdL in den Landtag verhindert, was schon rein rechnerisch Unfug ist; aber auch politisch eine völlige perfide Lüge. Wir haben in 50 Jahren DKP-Kandidaturen feststellen und nachweisen können, dass eine Kandidatur der DKP stets auch allen linken Kräften zugute gekommen ist (früher auch der SPD, später den Grünen und heute der PdL). Eine solche Behauptung kann nur den Zweck verfolgen, der DKP schwer zu schaden mit dem Ziel, sie zu liquidieren. Die Auflösung des Bezirks Südbayern war überfällig.

Wir haben gewiss keine falschen Erwartungen über unsere Kandidatur zu den Bundestagswahlen. Man kann aber bereits jetzt feststellen, dass der Beschluss hierzu die DKP gestärkt hat, indem tausende Gespräche zur Unterschriftensammlung geführt, zusätzliche Info-Stände organisiert, Veranstaltungen durchgeführt und Material verteilt wurde. Über das Stimmresultat machen wir uns keine Illusionen.

Allein in Gießen haben wir mehr als 450 Unterschriften gesammelt, unsere kommunistischen Positionen dargestellt und dabei neue Mitstreiter gefunden. In Gießen arbeiten wir weiter auf der Beschlusslage des Parteivorstandes und des Parteitages: in verschiedenen Bündnissen, mit zwei Genossen im Stadtparlament, in Zusammenarbeit mit der SDAJ, ebenso mit der PdL, mit der Roten Hilfe, mit der VVN und mit der monatlichen Herausgabe des Gießener Echo.

Nicht nur in Gießen wurde die Kandidatur von PdL-Mitgliedern begrüßt und gerne die Unterschrift hierzu gegeben, weil sie – im Gegensatz zu Leo Mayer und Konsorten wissen, dass damit auch

die PdL und ihr linker Flügel gestärkt wird. Ebenso in Gewerkschafts- und anderen Bündniskreisen, Leo Mayer weiß das natürlich auch – aber er verfolgt wohl andere Ziele.

Und was betreiben Saboteure? Sie sprechen von falscher Bündnispolitik des Parteivorstands und haben keine Ahnung davon, wo und wie Bündnisse funktionieren. Auf der Sitzung des Bezirksvorstandes Hessen der DKP im Juni, wurden genügend Beispiele für erfolgreiches

Zusammenarbeiten genannt. Gerade mit den Genossen der Linken (PdL). Ein Gespräch mit deren Landesvorstand machte dies deutlich.

Die Spalter machen weiter. Geheime Treffen der Fraktionierer finden weiterhin statt. Frustrierte Mitglieder der DKP sagen uns in klugen Reden, was wir tun sollen, tun aber selbst nichts, außer lamentieren.

Nichts gegen Kritik. Meine Kritik am Parteivorstand geht in eine andere

Richtung, nämlich, den Prozess der ideologisch-politischen Verunsicherung als Ergebnis der jahrelangen Debatte mit den Spaltern nicht beendet zu haben. Ich bekräftige meinen Standpunkt: Gerade heute angesichts Weltkriegsgefahr, Weltmachtgelüsten des deutschen Kapitals und Rechtsentwicklung ist eine kommunistische Partei unverzichtbar.

DEBATTE

Bereits im Vorfeld des G20-Gipfels in Hamburg gab es in der deutschen Linken intensive Diskussionen über Sinn und Ziel der Proteste gegen den Gipfel. In den Marxistischen Blättern, Ausgabe 3-2017, kritisierte Andreas Wehr die Proteste gegen den G20-Gipfel wegen ihrer unscharfen politischen Zielsetzung, die nicht in der Lage seien, zwischen den führenden imperialistischen Staaten und den BRICS-Staaten zu differenzieren. Patrik Köbele argumentierte an gleicher Stelle dagegen, dass in den Bündnissen, die die G20-Proteste vorbereiteten, sehr wohl eine differenzierte Sichtweise entwickelt würde und die DKP sich daher richtigerweise an diesen Bündnissen beteilige.

Im seinem Referat auf der 9. Tagung des Parteivorstands trat Patrik Köbele der Auffassung entgegen, alle Teilnehmerstaaten des G20-Gipfels gleichermaßen für die internationalen Krisen des Kapitalismus und die Zuspitzung der Kriegsgefahr verantwortlich zu machen. Er beharrte aber darauf, dass es für die DKP sinnvoll sei, an den Protesten und deren Vorbereitung teilzunehmen, gerade auch um marxistische Sichtweisen auf die Krisenhaftigkeit des Imperialismus und deren Ursachen zu propagieren.

Wir bringen nachfolgend einen Auszug aus einem Artikel, den Andreas Wehr auf seiner Website nach Ende der Proteste gegen der G20-Gipfel veröffentlicht hat [1]. In diesem Betrag behandelt Wehr Themen, die für eine differenzierte Analyse des kapitalistischen Weltsystems, wie es sich derzeit herausbildet, und über den Anlass hinaus Bedeutung haben. Wir sehen in Wehrs Text einen wichtigen Beitrag in der Debatte um die Definition einer antiimperialistischen Strategie der deutschen Linken, die auf der Höhe der Zeit ist und die Handlungsfelder und Eingriffsmöglichkeiten Stück für Stück herausarbeitet.

Andreas Wehr

WIESO DIESER HASS AUF DIE G20?

[...] In Deutschland wird die G20 fälschlich oft als eine bloße „Erweiterung“ der G7 angesehen, also jenes seit Mitte der 70er Jahre existierenden Zusammenschlusses der imperialistischen Kernländer USA, Japan, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und Kanada [2] In Wahrheit sind aber die G7 weiter eigenständig und sehr lebendig, erst Ende Mai hielten sie im sizilianischen Taormina ihr Gipfeltreffen ab [...].

Selbst über die Zusammensetzung der G20 herrscht in Deutschland oft Unklarheit. So spricht Attac fortwährend von der G20 als der Versammlung der „reichsten Staaten“ der Welt.[3] Die Reihe „der Reichsten“ wird aber von Katar angeführt, gefolgt von Luxemburg, Macao, Singapur,

Brunei Daressalam, Kuwait, Irland und Norwegen [...]. Anders als bei der G7 ist also der Westen hier nicht unter sich. Mit am Tisch sitzen auch seine größten Kontrahenten Russland und China sowie weitere Schwellenländer.[4] Die G20 sind daher keine „Erweiterung“ der G7. Ihre Etablierung ist auch kein Geschenk des Westens an die übrige Welt. Sie entstand vielmehr aus der Not in der Weltwirtschaftskrise 2008, die man ohne Hilfe Chinas und anderer Schwellenländer alleine nicht mehr bewältigen konnte. Mit der Etablierung der G20 sind die globalen Verhältnisse aber natürlich nicht umgestürzt worden. Wie sollte das auch möglich sein? Aber es wurde ein wichtiger Schritt in Richtung einer multipolaren Weltordnung getan [...].

Harmloser Protest und Zerstörungswut

Die Demonstrationen und Proteste in Hamburg richteten sich unterschiedslos gegen alle eingeladenen Staatschefs. Ohne jede Differenzierung wurden sie mal als „Mächtige“, mal als „Oligarchen“, dann wieder als „Herrschende“ oder auch „Autokraten“ bezeichnet, die gleichermaßen für Hunger, Armut, Hochrüstung, ja Krieg verantwortlich seien. Täter und Opfer der westlichen imperialistischen Politik wurden unterschiedslos auf eine Stufe gestellt. Was sie auch immer sonst trennte, in dieser undifferenzierten Kritik unterschieden sich die harmlosen Jugendlichen vom Event „Lieber Tanz ich als G20“ nicht von den ganz und gar nicht harmlosen Gewalt-

tättern des Schwarzen Blocks der „Welcome to Hell“-Demonstration.

Das Versagen der parteipolitisch organisierten Linken, nicht über die wirklichen Verhältnisse in der Welt aufgeklärt und damit nicht bewusstseinsbildend auf die in Hamburg Anwesenden eingewirkt zu haben, stellt ihr ein beispielloses Armutszeugnis aus. Ihre Sprache unterschied sich nicht vom üblichen Gerede von den „Machthabern“, die man nicht in der Stadt sehen wolle. Auch hier wurde alles zusammengerührt, war am Ende „alles eine Soße in der Weltpolitik.“[5] [...] Der Parteivorsitzende der Partei DIE LINKE, Bernd Riexinger, begrüßte die Demonstration „Für grenzenlose Solidarität“ vom 8. Juli als eine „gegen die Politik der Trumps, Erdogans, Putins und Merkels, die diese Welt sozial und ökologisch an den Rand der Existenz bringt und deren Kriege Hunger, Not und Flucht verursachen“. Der DKP-Parteivorstand erklärte aus Anlass des Events: „Lasst uns der Politik der Herrschenden der Welt, ihrer Kriegs- und Ausbeutungspolitik, unsere grenzenlose Solidarität entgegensetzen.“[6] Der Parteivorsitzende der DKP, Patrik Köbele, hatte schon Monate zuvor verkündet, dass es sich beim Gipfel schlicht um eine „undemokratische Zusammenrottung“ handele. [7]

Doch wer ist für die Kriege, für Not und Flucht in der Welt wirklich verant-

löstina faktisch okkupiert? Und wer heizt den Konflikt in Venezuela von außen an? Diese Liste ließe sich weiter verlängern. In jedem Konflikt sind es die westlichen NATO-Staaten, zusammen mit ihren jeweiligen Verbündeten, die die Verantwortung dafür tragen. Ihnen gegenüber stehen die gleichfalls in der G20 vertretenen Staaten Russland, China, Indien, Südafrika, Brasilien, Mexiko sowie weitere, die immer wieder versuchen, zwischenstaatliche Konflikte friedlich beizulegen, militärische Auseinandersetzungen zu vermeiden und die internationale Politik auf diese Weise zu demokratisieren. Bei den Demonstranten zählte aber all das nicht. Es zählte auch nicht, dass das moderne China Hunderte von Millionen Menschen aus bitterster Armut befreit hat und das Land heute im Kampf gegen den Klimawandel weltweit zum Hoffnungsträger geworden ist. Für die G20-Gegner sind in der Nacht alle Katzen grau [...].

Man weigert sich aber nicht nur, irgendwelche Unterschiede zur Kenntnis zu nehmen. Man vermeidet auch, die wirklich Herrschenden mit Hilfe einer konkreten Analyse der konkreten Situation bei ihrem Namen und ihren Taten zu nennen. Sieht man sich nur die offiziellen Forderungen der vom Bundestagsabgeordneten der Partei DIE LINKE, Jan van Aken, angemeldeten Demonstration „Für grenzenlose Solidarität“ an, so erkennt man

wisse Mitschuld gegeben: „Die deutsche Regierung paktiert sogar mit Diktatoren wie Erdogan und unterstützt dessen Krieg gegen die kurdische Bevölkerung, um eigene Interessen in der Region zu verfolgen und damit die Türkei flüchtenden Menschen den Weg nach Europa versperrt.“ [8] Als wenn das militärische Vorgehen der Türkei gegen die Kurden das einzige Problem in der Welt wäre. Vor allem aber: Gegenüber dem eh schon international isolierten Erdogan traute man sich, ihn als Verantwortlichen für einen Krieg anzuklagen. Gegenüber den übrigen Vertretern der NATO-Staaten aber schwieg man. Wenn das nicht Opportunismus ist [...].

Die in Hamburg anwesenden Repräsentanten des Westens bzw. der NATO hatten daher von solchen Protesten und dem abstrakten Verlangen nach einer „Welt des Friedens, der globalen Gerechtigkeit und der grenzenlosen Solidarität“ [9] nichts zu befürchten. Zwar gab es in der Demonstration, vor allem von Aktivisten der Friedensbewegung vorgetragen, auch Forderungen, die sich eindeutig gegen die NATO und gegen die Politik der Bundesregierung richteten, doch diese Stimmen gingen in dem Einheitsbrei „Alle sind gleichermaßen schuld“ unter.

Zu den Ergebnissen des Hamburger Gipfels

Was bleibt vom Hamburger Gipfel? Natürlich zunächst einmal die nicht endende Auseinandersetzung um die anarchistische Gewalt, die die Stadt heimgesucht hat. Es wäre nicht verwunderlich, wenn die Bilder brennender Autos und geplünderter Läden bald überall in Deutschland im Straßenbild auftauchen, etwa im Bundestagswahlkampf auf Plakatwänden der AfD und womöglich auch der CDU/CSU. Die Gewalttäter dürfen sich schon jetzt über den zu erwartenden Rechtsruck bei den Wahlen freuen.

Es gab aber auch andere Ergebnisse, die ihre Wirkung entfalten werden. Der Westen präsentierte sich in Hamburg tief gespalten. Der gastgebenden deutschen Bundesregierung und denen der anderen EU-Staaten blieb nichts anderes übrig, als auf China und sogar auf Russland zuzugehen, um mit ihnen ein Bündnis gegen die unter Trump abseits stehenden USA zu schmieden, so in der Klimapolitik, so in der Handelspolitik. Moskau und Peking verschafft dies Bewegungsspielraum, und die wenigen verbliebenen Kritiker des Imperialismus im Westen werden ermutigt. Vor allem China steht nach Hamburg in-



wortlich? Wer hat den Irak gleich zweimal angegriffen, wer Libyen überfallen und wer führt heute Krieg gegen den Jemen? Wer destabilisiert seit Jahren Syrien und interveniert ungeniert militärisch gleich in mehreren Staaten Afrikas, und wer droht jetzt Nordkorea offen mit Krieg? Wer hat gestattet, dass in Kiew Rechtsradikale mithalfen, die rechtmäßige ukrainische Regierung zu stürzen? Wer lässt es schließlich zu, dass Israel Pa-

wie harmlos in Wirklichkeit der Protest der geschätzten 60.000 war. Nirgendwo ist darin von der NATO die Rede. Zynisch verharmlosend heißt es unter der Überschrift „Es läuft etwas gehörig falsch auf der Welt“: „Kriege und bewaffnete Konflikte wie in Syrien, in Kurdistan, im Irak oder der Ukraine scheinen kein Ende zu nehmen.“ Ja, warum wohl? Lediglich der Bürgerkrieg im Südosten der Türkei wird erwähnt, und hieran Deutschland eine ge-

ternational so gut da wie wohl noch nie. Das musste zähneknirschend sogar die Frankfurter Allgemeine Zeitung einräumen: „Es ist einerseits der weltpolitischen Realität, andererseits aber auch dem Problem namens Donald Trump geschuldet, dass sich die Bundeskanzlerin bei der Bewältigung der vielfältigen Probleme in zunehmendem Maße auf China stützt.“ Und man ahnt in der FAZ-Redaktion bereits, dass man einen Preis für Chinas Unterstützung, etwa in der Nordkoreapolitik, zu zahlen haben wird: „Eine weitere Verschärfung der Sanktionen, die nach dem jüngsten Raketentest Nordkoreas wieder einmal auf der Tagesordnung der Weltpolitik steht, könnte China davon abhängig machen, dass man seinen maßlosen Gebietsansprüchen im Südchinesischen Meer mit mehr „Verständnis“ begegnet. Fazit: China ist ein unentbehrlicher, aber mit großer Vorsicht zu genießender Partner für Deutschland und die Welt.“[10] [...]

Der zweite Gewinner des Gipfels heißt Russland. In Hamburg kam es zur ersten Begegnung von Trump und Putin überhaupt. Allein diese Tatsache und der Umstand, dass das Gespräch deutlich länger als geplant andauerte und –wie gemeldet wurde – in entspannter Atmosphäre verlief, ist bereits ein Erfolg. Die dabei verabredete Waffenruhe im Südwesten Syriens kann die Gefahr einer militärischen Konfrontation zwischen den beiden Mächten im gegenwärtig wohl gefährlichsten Konflikt der Welt verringern [...].

Warum nur dieser Hass?

Man fragt sich, woher dieser Hass auf die G20 stammt, der sich in den Straßen Hamburgs sowohl friedlich artikulierte als auch gewalttätig austobte. Worin liegt der tiefere Grund für die unbestreitbare Breite der Ablehnung des Gipfels, selbst unter sonst unpolitischen Menschen? Diese prinzipielle Gegnerschaft steht im Gegensatz zu den mageren Mobilisierungserfolgen bei Ereignissen, die allemal Proteste verdienen. Zwar wurde auch gegen den Nato-Gipfel vor wenigen Wochen protestiert, doch in Brüssel kamen weit weniger als jetzt in Hamburg zusammen, und auch für Randalen sah niemand eine Notwendigkeit. Selbst die Ratsgipfel der EU, auf denen die weitere Drangsalisierung Griechenlands beschlossen wird, laufen regelmäßig ohne Proteste ab, ganz zu schweigen von den Friedensdemonstrationen, die gegenwärtig nur wenig Zulauf haben.

Die Organisatoren der Hamburger

Proteste täuschen sich, sollten sie glauben, es wäre ihre Agitation und Propaganda gewesen, die zu dieser Mobilisierung geführt hat. Dafür sind ihre Organisationen und Medien viel zu einflusslos. Der Schub wurde vielmehr von der breiten liberalen bzw. linksliberalen Öffentlichkeit, von Medien wie Zeit, Spiegel, Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Rundschau, Freitag, taz, Stern, Neue Zürcher Zeitung und auch von einigen öffentlich-rechtlichen Medien erzeugt. Dort fand man bereits vor Monaten die heute so aktuellen Vorwürfe gegen die G20: Sie handele selbstherrlich, geriere sich als Weltregierung, missachte die UN, sei schlicht illegitim. Vorwürfe, die man dort niemals gegenüber der G7 erheben würde. Es ist ganz offensichtlich, dass diesen Medien die ganze Richtung nicht passt. Es ist die Institution G20 als solche, die stört, weil in ihr mit Russland und China und anderen Schwellenländern Mächte an Einfluss gewonnen haben, die auch der deutsche Imperialismus unbedingt in seine Schranken zurückverweisen will. Ganz konkret stört Russland die unter deutscher Führung stehende Expansionsstrategie der EU in der Ukraine, Georgien und auf dem Westbalkan. Und was China angeht, so soll dem wachsenden ökonomischen Einfluss des Landes in Afrika Einhalt geboten werden [...].

Die Proteste der Zehntausende in Hamburg lagen ganz im liberalen Mainstream. Der ehemalige Diplomat und heutige Journalist Klaus von Raussendorff hat diese neudeutsche Protestkultur scharf, polemisch und treffend beschrieben: „In Hamburg haben wir erneut, aber so drastisch wie nie zuvor gesehen, was dabei herauskommt, wenn wohlmeinende Aktivisten so genannter sozialer Bewegungen in unmittelbarer Auseinandersetzung mit einer diplomatischen Staatenkonferenz 'auf Weltebene' erreichen wollen, was sie in direkter Konfrontation mit den 'Eliten' im eigenen Land zu erkämpfen zu mutlos, zu feige, zu bequem oder zu denkfaul sind. So kam zum G20-Treffen in Hamburg als Protest nur ein 'Event' heraus, und zwar je nach Geschmack in zwei Versionen, einerseits in Form von musikalisch umrahmter harmlos-aktivistischer Selbstinszenierung, andererseits in Form blanker Zerstörungswut, sowohl ideologisch von Seiten der raffinierten Provokateure vom 'Zentrum für politische Schönheit' als Stichwortgeber als auch organisiert martialisch auf der Straße vom 'Schwarzen Block'. So bot Hamburg ein lehrreiches Bild der derzeit in Deutschland grassierenden 'Protestkultur': Regierung und Volk vereint gegen

die 'Diktatoren' dieser Welt, ein original faschistisches Konzept von 'Volksgemeinschaft', allerdings bis zur Unerkennbarkeit neu drapiert als 'Wertegemeinschaft' zur Verteidigung 'unserer' Zivilisation.“[11]

Quellen und Anmerkungen:

- [1] <http://www.andreas-wehr.eu/wieso-dieser-hass-auf-die-g20.html>. Nummerierung der Fußnoten gegenüber dem Original geändert.
- [2] Lucas Zeise, Kurze Geschichte der G 20. Was die Mächtigen seit 40 Jahren auf den Weltwirtschaftsgipfeln verabreden, Marxistische Blätter 2_2017, S. 28
- [3] Die G20 kommen nach Hamburg! Kommst Du auch? In: <http://www.g20-protest.de/index.php?id=75267>
- [4] Zur Geschichte und Politik der G20 siehe auch: Andreas Wehr, Wer demonstriert da gegen wen?, in: Marxistische Blätter Nr. 17, Mai 2017, <http://www.andreas-wehr.eu/wer-demonstriert-da-gegen-wen.html>
- [5] Arnold Schölzel, Propagandastreifen des Tages. Animationsfilm, in: Junge Welt vom 26.05.2017
- [6] <http://news.dkp.suhail.uberspace.de/2017/07/dkp-ruft-zur-teilnahme-an-der-grossdemo-am-samstag-auf/>
- [7] Auszüge aus dem Referat von Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP, auf der 8. Tagung des Parteivorstandes am 25./26. März 2017 in: <http://news.dkp.suhail.uberspace.de/kategorie/nachrichten/>
- [8] Aufruf „Für grenzenlose Solidarität statt G20“, <http://g20-demo.de/de/aufruf/>
- [9] Ebenda
- [10] Partner China, in FAZ vom 06.07.2017
- [11] Klaus von Raussendorff, „G20 in Hamburg“, <http://www.nordrhein-westfalen.freidenker.org/category/veranstaltungen/veranstaltungen-bonn/>

VON DER AUTORITÄT

Geschrieben zwischen Oktober 1872 und März 1873. Nach: „Almanacco Repubblicano per l'anno 1874“. Aus dem Italienischen. [1]

Einige Sozialisten haben in letzter Zeit einen regelrechten Kreuzzug gegen das eröffnet, was sie das Autoritätsprinzip nennen. Sie brauchen nur zu sagen, dieser oder jener Akt sei autoritär, um ihn zu verurteilen. Mit diesem summarischen Verfahren wird derart Mißbrauch getrieben, daß es nötig ist, die Angelegenheit ein wenig aus der Nähe zu betrachten.

in dem diese Autorität keinen Sinn mehr hat und folglich verschwinden muß. Wenn wir die ökonomischen - industriellen und landwirtschaftlichen - Verhältnisse untersuchen, die die Grundlage der gegenwärtigen bürgerlichen Gesellschaft bilden, so finden wir, daß sie die Tendenz haben, die isolierte Tätigkeit mehr und mehr durch die kombinierte Tätigkeit der Individuen

le kleiner Eigentümer große Kapitalisten setzen, die mit Hilfe von Lohnarbeitern große Landflächen bebauen. Überall tritt die kombinierte Tätigkeit, die Komplizierung voneinander abhängender Prozesse, an die Stelle der unabhängigen Tätigkeit der Individuen. Wer aber kombinierte Tätigkeit sagt, sagt Organisation; ist nun Organisation ohne Autorität möglich?



Autorität will in dem Sinn des Wortes, um den es sich hier handelt, soviel besagen wie: Überordnung eines fremden Willens über den unseren; Autorität setzt auf der anderen Seite Unterordnung voraus. Da nun diese zwei Worte einen üblen Klang haben und das Verhältnis, das sie zum Ausdruck bringen, für den untergeordneten Teil unangenehm ist, handelt es sich um die Frage, ob es nicht ein Mittel gibt, anders auszukommen; ob wir nicht - unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen - einen anderen sozialen Zustand ins Leben rufen können,

zu ersetzen. An die Stelle der kleinen Werkstätten isolierter Produzenten ist die moderne Industrie getreten, mit großen Fabriken und Werkstätten, in denen Hunderte von Arbeitern komplizierte, mit Dampf angetriebene Maschinen überwachen; die Fuhrwerke und Karren der großen Landstraßen sind abgelöst worden durch die Züge der Eisenbahn, wie die kleinen Ruderboote und Segelfelken durch die Dampfboote. Maschinen und Dampf bringen selbst die Landwirtschaft nach und nach unter ihre Herrschaft, indem sie langsam aber sicher an die Stel-

Nehmen wir einmal an, eine soziale Revolution habe die Kapitalisten entthront, deren Autorität heutzutage die Produktion und die Zirkulation der Reichtümer lenkt. Nehmen wir, um uns ganz auf den Standpunkt der Antiautoritärer zu stellen, weiter an, der Grund und Boden und die Arbeitsinstrumente seien zum kollektiven Eigentum der Arbeiter geworden, die sich ihrer bedienen. Wird die Autorität dann verschwunden sein oder wird sie nur die Form gewechselt haben? Sehen wir zu.

Nehmen wir als Beispiel eine Baum-

wollspinnerei. Die Baumwolle muß mindestens sechs aufeinanderfolgende Operationen durchlaufen, bevor sie die Gestalt des Fadens annimmt, Operationen, die - zum größten Teil - in verschiedenen Sälen vor sich gehen. Außerdem braucht man, um die Maschinen in Gang zu halten, einen Ingenieur, der die Dampfmaschine überwacht, Mechaniker für die laufenden Reparaturen und viele ungelernete Arbeiter, die die Produkte von einem Saal in den anderen zu schaffen haben etc. Alle diese Arbeiter, Männer, Frauen und Kinder, sind gezwungen, ihre Arbeit zu einer Stunde zu beginnen und zu beenden, die von der Autorität des Dampfes festgesetzt ist, der sich keinen Deut um die individuelle Autonomie kümmert. Es ist also zuerst einmal nötig, daß die Arbeiter sich über die Arbeitsstunden einigen; sind diese Stunden einmal festgelegt, so ist jedermann ohne jede Ausnahme ihnen unterworfen. Weiterhin treten in jedem Saal und in jedem Augenblick Detailfragen über die Produktionsweise, die Verteilung des Materials etc. auf, Fragen, die sofort gelöst werden müssen, wenn nicht die gesamte Produktion im selben Augenblick zum Stehen kommen soll; ob sie nun auf Entscheid eines an die Spitze jedes Arbeitszweigs gestellten Delegierten gelöst werden oder, wenn dies möglich ist, durch Majoritätsbeschluß, stets wird sich doch der Wille eines jeden unterordnen müssen; das bedeutet, daß die Fragen autoritär gelöst sein werden. Der mechanische Automat einer großen Fabrik ist um vieles tyrannischer, als es jemals die kleinen Kapitalisten gewesen sind, die Arbeiter beschäftigen. Wenigstens was die Arbeitsstunden betrifft, kann man über die Tore dieser Fabriken schreiben: Laßt alle Autonomie fahren, die Ihr eintretet! Wenn der Mensch mit Hilfe der Wissenschaft und des Erfindergenies sich die Naturkräfte unterworfen hat, so rächen diese sich an ihm, indem sie ihn, in dem Maße, wie er sie in seinen Dienst stellt, einem wahren Despotismus unterwerfen, der von aller sozialen Organisation unabhängig ist. Die Autorität in der Großindustrie abschaffen wollen, bedeutet die Industrie selber abschaffen wollen; die Dampfspinnerei vernichten, um zum Spinnrad zurückzukehren.

Nehmen wir als anderes Beispiel eine Eisenbahn. Auch hier ist die Kooperation einer Unmenge von Individuen absolut notwendig: eine Kooperation, die zu ganz bestimmten Stunden stattfinden muß, damit es zu keinem Unglück kommt. Auch hier ist die erste Bedingung des Betriebs

ein dominierender Wille, der jede untergeordnete Frage beiseite schiebt, mag dieser Wille nun durch einen einzelnen Delegierten repräsentiert sein oder durch ein Komitee, dem die Ausführung der Beschlüsse einer Mehrheit von Interessenten übertragen ist. In dem einen wie in dem anderen Fall haben wir es mit einer ganz ausgesprochenen Autorität zu tun. Mehr noch: Was geschähe mit dem ersten abgehenden Zuge, wenn die Autorität der Bahnangestellten über die Herren Reisenden abgeschafft wäre?

Aber die Notwendigkeit einer Autorität, und zwar einer gebieterischen Autorität, tritt am anschaulichsten bei einem Schiff auf hoher See zutage. Hier hängt, im Augenblick der Gefahr, das Leben aller davon ab, daß alle sofort und absolut dem Willen eines einzelnen gehorchen.

Jedesmal, wenn ich dergleichen Argumente den wildesten Antiautoritariern unterbreitete, wußten sie mir nichts zu antworten als: „Ah! Das ist wahr, aber hier handelt es sich nicht um eine Autorität, die wir den Delegierten verleihen, sondern um einen Auftrag!“ Diese Herren glauben die Sache verändert zu haben, wenn sie deren Namen verändern. So machen sich diese tiefen Denker über die Welt lustig.

Wir haben also gesehen, daß einerseits eine gewisse, ganz gleich auf welche Art übertragene Autorität und andererseits eine gewisse Unterordnung Dinge sind, die sich uns aufzwingen unabhängig von aller sozialen Organisation, zusammen mit den materiellen Bedingungen, unter denen wir produzieren und die Produkte zirkulieren lassen.

Andererseits haben wir gesehen, daß die materiellen Produktions- und Zirkulationsbedingungen durch die Großindustrie und die Großlandwirtschaft unweigerlich erweitert werden und die Tendenz haben, das Feld dieser Autorität mehr und mehr auszudehnen. Es ist folglich absurd, vom Prinzip der Autorität als von einem absolut schlechten und vom Prinzip der Autonomie als einem absolut guten Prinzip zu reden. Autorität und Autonomie sind relative Dinge, deren Anwendungsbereiche in den verschiedenen Phasen der sozialen Entwicklung variieren. Wenn die Autonomisten sich damit begnügten, zu sagen, daß die soziale Organisation der Zukunft die Autorität einzig und allein auf jene Grenzen beschränken wird, in denen die Produktionsbedingungen sie unvermeidlich machen, so könnte man sich verständigen; sie sind indessen blind für alle Tatsachen, die die Sache notwendig machen, und stürzen sich auf das Wort.

Warum begnügen sich die Antiautoritariarier nicht damit, gegen die politische Autorität, den Staat, zu wettern? Alle Sozialisten sind einer Meinung darüber, daß der politische Staat und mit ihm die politische Autorität im Gefolge der nächsten sozialen Revolution verschwinden werden, und das bedeutet, daß die öffentlichen Funktionen ihren politischen Charakter verlieren und sich in einfache administrative Funktionen verwandeln werden, die die wahren sozialen Interessen hüten. Aber die Antiautoritariarier fordern, daß der autoritäre politische Staat auf einen Schlag abgeschafft werde, bevor noch die sozialen Bedingungen vernichtet sind, die ihn haben entstehen lassen. Sie fordern, daß der erste Akt der sozialen Revolution die Abschaffung der Autorität sei. Haben diese Herren nie eine Revolution gesehen? Eine Revolution ist gewiß das autoritärste Ding, das es gibt; sie ist der Akt, durch den ein Teil der Bevölkerung dem anderen Teil seinen Willen vermittels Gewehren, Bajonetten und Kanonen, also mit denkbar autoritärsten Mitteln aufzwingt; und die siegreiche Partei muß, wenn sie nicht umsonst gekämpft haben will, dieser Herrschaft Dauer verleihen durch den Schrecken, den ihre Waffen den Reaktionären einflößen. Hätte die Pariser Kommune nur einen einzigen Tag Bestand gehabt, wenn sie sich gegenüber den Bourgeois nicht dieser Autorität des bewaffneten Volks bedient hätte? Kann man sie nicht, im Gegenteil, dafür tadeln, daß sie sich ihrer nicht umfassend genug bedient hat?

Also von zwei Dingen eins: Entweder wissen die Antiautoritariarier nicht, was sie sagen, und in diesem Fall säen sie nur Konfusion; oder sie wissen es, und in diesem Fall üben sie Verrat an der Bewegung des Proletariats. In dem einen wie in dem anderen Fall dienen sie der Reaktion.

Federico Engels

[1] Karl Marx/Friedrich Engels - Werke. (Karl) Dietz Verlag, Berlin. Band 18, 5. Auflage 1973, unveränderter Nachdruck der 1. Auflage 1962, Berlin/DDR. S. 305-308.

INHALT

Johannes Magel
Editorial 1

Aktuell

Hans-Günter Szalkiewicz 2

Paul Rodermund
Einbinden und eingebunden werden
Die Rolle der Linkspartei im Klassenkampf..... 3

Sepp Aigner
Zum 20. Parteitag der KKE.....5

Schwerpunkt

Björn Schmidt
„Netzwerk“ ist kein Diskussionsklub.....7

Jörg Högemann
Die Wahlteilnahme stärkt die Partei7

Michael Beltz
Revisionisten und Spalter10

Debatte

Andreas Wehr
Wieso dieser Hass auf die G20?.....11

Friedrich Engels
Von der Autorität14

IMPRESSUM

www.theoriepraxis.wordpress.com

Herausgeber:

Arbeitskreis Sozialismus in Wissenschaft und Politik
V. i. S. d. P.: Johannes Magel, 30175 Hannover

Redaktion und Anzeigen:

Postanschrift: Johannes Magel, Scharnhorststraße 18, 30175 Hannover, E-Mail: TundP-Box@web.de

Druck: Eigendruck

Auflage: 1400

Der Bezug ist unentgeltlich.

T&P erscheint einmal im Quartal.

Die Herausgabe der Zeitschrift ist ohne Spenden nicht möglich. Sie können überwiesen werden auf folgendes Konto:

Michael Beltz,
Spendenkonto Theorie & Praxis,
Konto-Nr. 419 702,
Sparkasse Gießen, BLZ: 513 500 25,
IBAN: DE62 5135 0025 0000 4197 02,
SWIFT-BIC: SKGIDE5F

Wer T&P aktiv unterstützen möchte, kann weitere Abonnenten gewinnen, eine Einmal-Spende überweisen oder besser einen Dauerauftrag einrichten. Auch für kleine Beträge sind wir dankbar.

Bei Abbestellungen, die schriftlich an die Redaktion unter der obigen Adresse oder per E-Mail an **TundP-Box@web.de** zu richten sind, wird um die Angabe der vollständigen Adresse gebeten.

Es wird auf die Internet-Präsentation der Zeitschrift unter www.theoriepraxis.wordpress.com verwiesen.

Für Verbesserungsvorschläge und kritische Hinweise ist die Redaktion dankbar.

Die Auffassungen der Autoren der Beiträge und die der Redaktion müssen nicht übereinstimmen.

Leserbriefe sind jederzeit willkommen, können jedoch beim gegebenen Umfang der Zeitschrift nicht immer veröffentlicht werden. Wir bitten um Verständnis.